Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Petitzeile für Anzeigen aus Aue und Umgegend 20 Goldpfennige, auswärtige Anzeigen 25 Goldpfennige, Reklame-Petitzeile 40 Goldpfennige, amtliche Zeile 35 Goldpfennige.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 130 | Sonntag, den 7. Juni 1925 | 20. Jahrgang

Zwei Staatsmänner.

Von Dr. Külz, M.d.R.

Die ehemalige wilhelminische Zeit hat viel treffliche Verwaltungsbeamte und manchen tüchtigen Regierungsmann aufzuweisen, aber nur ganz vereinzelt Persönlichkeiten, von denen man sagen konnte: hier ist ein Staatsmann an der Arbeit für Volk und Vaterland. In der politischen Hochsaison der Revolution und in der nachrevolutionären Epoche sehen wir manchen das Durchschnittsmaß überragenden Parteipolitiker und Parlamentarier in heißem Bemühen vor uns, sein ganzes Können und Wollen in der Stunde der höchsten Not einzusetzen, aber nur selten vereinigten sich mit der parteipolitischen Bewährung und mit der parlamentarischen Routine die wirklich staatsmännischen Fähigkeiten.

Zwei Männer wurden in diesen Tagen vielfach genannt: sie stammen aus zwei verschiedenen Welten und aus zwei verschiedenen Perioden der deutschen Geschichte, sie weisen in ihrer Person die denkbar größten Gegensätze nach Herkunft und Bildungsgang auf, sie kamen von zwei ganz entgegengesetzten Seiten zum Dienst am Volke, aber jeder steht als Staatsmann inmitten seines Zeitabschnittes der deutschen Geschichte: Graf Posadowsky, der als Minister des alten Systems nach jahrzehntelanger Arbeit für den Kaiserstaat jetzt, sein 80. Lebensjahr vollendend, die „Weltenwende", von der er in einem geistvollen und erfahrungsreichen Buche vor kurzem schrieb, sehend und empfindend, wenn auch nicht in staatsmännischer Aktivität, mit erlebt, und Severing, der in der Vollkraft seiner Jahre — er beging am 1. Juni seinen 50. Geburtstag — im größten deutschen Volksstaat, in Preußen als Minister des Innern sich in Zeiten schwerster Not als wahrhafter Staatsmann bewährt hat. Dort ein deutscher Mann, der vom Geburt an der Sonnenseite des Lebens, dem die Aneignung der Bildungsgüter und des äußeren Rüstzeuges zum Wirken im öffentlichen Leben keine sonderlichen Schwierigkeiten bereiten konnte, und dem sein Grafentitel nicht gerade hinderlich in seiner Laufbahn gewesen sein wird: hier der schlichte Mann aus dem Volke, der aus der Schlosserwerkstatt kam und sich mühsam, in zäher Energie und in heißem Drang, dem schaffenden Volke zu dienen, den Weg durch die Hochschule des Lebens und Kämpfens für seine Mitmenschen bahnte. Beide Persönlichkeiten von eigenem Gepräge, beide, im letzten Grunde in sich selbst wurzelnde Charaktere, beide Männer mit offenem klaren Blick für die Notwendigkeiten ihrer Zeit, ihres Volkes und ihres Staates, beide fähig, die Probleme der Entwicklung selbständig zu erfassen.

Graf Posadowsky darf unbedenklich als einer der fortschrittlichsten Staatsmänner aus der Zeit Wilhelms II. bezeichnet werden. Die Konservativen alter Observanz haben ihm deswegen sein Leben nicht gerade leicht gemacht. Das Spezialgebiet Posadowskys war die Sozialpolitik. Dem rückschauenden Blick will die Sozialpolitik jener Tage von manchem Mangel behaftet erscheinen, aber aus dem Geiste der Zeit heraus beurteilt war die sozialpolitische Tätigkeit Posadowskys eine Tat, und zwar insofern, als er starken rückläufigen Tendenzen gegenüber doch einen vorwärts gerichteten Kurs erhielt. Seine Führung auf sozialpolitischem Gebiet war auf weite Sicht eingestellt. Er hatte instinktiv das richtige Gefühl inmitten der immer mehr dem Materialismus und dem Herrentum verfallenden Zeit, daß es eine ethische, wirtschaftliche und politische Staatsaufgabe sei, die Fürsorge für die Schichten des deutschen Volkes auszubauen, die den Mißhalen und Gefahren eines arbeitsreichen Lebens besonders ausgesetzt sind. Er war kein ganz Großer, keiner von denen die in 100 Jahren nur einmal einem Volke erstehen und ihm dann zum Schicksal werden, aber doch ein Deutscher, der die Zeit und ihre Eigenart erkannte. Als solchen haben wir ihn auch nach der Revolution in der Nationalversammlung gesehen, wo er neben Delbrück, ohne seine monarchistische Vergangenheit zu verleugnen, doch weit abrückte von der fruchtlosen Oppositionspolitik der damaligen Deutschnationalen.

Unter den aktiven Ministern der nachrevolutionären Zeit gehört Severing zu den bedeutendsten und zu den sympathischsten. Mit menschlich schlichter, echter Art verbindet sich bei ihm eine Charakterstärke von seltener Reinheit. Der kategorische Imperativ der Pflicht gegen Volk und Staat ist der Inhalt seines Lebens. Wie Ebert, so hat auch Severing seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie als Ausgangspunkt seines politischen Denkens und Handelns stets und offen zu erkennen gegeben, aber im entscheidenden Moment triumphierte bei ihm über alles die demokratische und republikanische Staatsgesinnung. Von dem vulkanischen Boden Westfalens aus verantwortungsschwerer Arbeit heraus in den Tagen nach dem Kapp-Putsch an die Spitze des preußischen Innenministeriums berufen hat er von dort aus den größten deutschen Gliedstaat durch ungeheure Gefahren hindurch als festes Gefüge erhalten und als demokratisch-republikanisches Gemeinwesen stabilisiert. Wie schwer mag es ihm als Menschen proletarischer Herkunft geworden sein, im Frühjahr des Jahres 1921 beim mitteldeutschen Kommunistenaufstand gegen irregeführte Proletarier vorzugehen, aber der Staatsmann in ihm wußte, daß die Erhaltung der Republik rücksichtslose Entschiedenheit verlangte, und so fand die Stunde der höchsten Gefahr für den preußischen Staat in ihm einen Mann der entschlossenen und rettenden Tat. Den preußischen Junkern mag der Gedanke grauenhaft sein, daß ein Mann wie Severing das Schicksal Preußens gemeistert hat, aber kein politischer Gegner vermag im Ernste die Verdienste Severings zu bestreiten oder auch nur zu verkleinern. Wer aber davon überzeugt ist, daß in Preußen und im Reich die Zukunft allein der Demokratie gehören kann, der muß wünschen, daß Severing noch recht lange als Innenminister in Preußen wirkt, denn dann wird am sichersten der Geist junkerlicher Reaktion in Verwaltung und Regierung endgültig überwunden werden durch wahrhafte demokratische Staatsgesinnung. Die nachrevolutionäre Zeit hat, wie jede Zeit der Gährung, im öffentlichen Leben auch manchen an die Oberfläche gebracht, der besser nicht aufgetaucht wäre. Für oberflächlich Urteilende genügt das, um zu sagen: die demokratische Republik vermag keine Führerauslesen zu entwickeln. Severing ist ein leuchtendes Beispiel dafür, wie als Quelle für Führerpersönlichkeiten nicht allein das Berufsbeamtentum oder das Parlamentsbonzentum in Betracht kommen, sondern daß sich im Volksstaate echte Persönlichkeiten als Führer durchzusetzen vermögen.

Die Entwaffnungsnote.

Was sie fordern!

Polizei.

Gegenwärtiger Zustand.

Die Organisation der Polizei ist dieselbe geblieben, wie sie Ende 1922 war: sie hat nicht den Charakter einer wesentlich regionalen und munizipalen Polizei, wie vor dem Kriege. Ihre Stärke beläuft sich gegenwärtig auf ungefähr 180 000 Mann statt der durch die Boulogner Note gestatteten 150 000. Außerdem sind polizeiliche Hilfskräfte (Hilfspolizei, Notpolizei usw.) gebildet worden, die in den obigen Ziffern nicht einbegriffen sind. Ihr Personal verpflichtet sich für 12 Jahre wie die Truppen der Reichswehr, anstatt als Beamte auf Lebenszeit angestellt zu werden.

Vorzunehmende Abänderungsmaßnahmen.

Die Polizei soll den Charakter eines regionalen und munizipalen Organs bewahren. Die Stärke der Gesamtheit der Beamten und Angestellten aller Kategorien (Exekutiv- oder sonstige Polizei) soll 150 000 Mann nicht übersteigen. Die überzähligen Polizeistärken müssen verschwinden. Jede Erhöhung der Bestände durch Hilfspolizei oder Freiwillige ist untersagt.

Der militärische Aufbau der Polizei ist zu beseitigen (Abschaffung der besonderen Stäbe, der Angleichung der Polizeigrade an die militärischen Grade).

Die Ausbildung soll keinen gemeinschaftlichen militärischen Charakter tragen.

Gemäß der Boulogner Note, wonach die Polizei „mit einer ihrer Aufgabe entsprechenden Bewaffnung, wie sie von der interalliierten Militärkontrollkommission bestimmt werden soll ausgestattet werden wird", wird die Kontrollkommission nach Prüfung der Vorschläge der deutschen Regierung die Verteilung dieser Bewaffnung festsetzen.

Das Statut für das Personal der Schutzpolizei soll dem für die Ordnungspolizei entsprechen und diesem Personal ebenfalls den Charakter von Beamten auf Lebenszeit verleihen.

Wenn die deutsche Regierung die erforderlichen Schritte zwecks Durchführung der oben angeführten Maßnahmen getan hat:

1. wird in einer gewissen Zahl bedeutender Städte eine staatliche Polizei innerhalb der durch die Boulogner Note zugestandenen Stärke von 150 000 Mann zugelassen werden;
2. wird die Unterbringung gewisser Teile der staatlichen Polizei in Kasernen in einigen großen Städten gestattet werden können.

Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird nach Prüfung der Vorschläge der deutschen Regierung:

1. die Orte bezeichnen, in denen staatliche Polizei zugelassen werden wird;
2. die großen Städte angeben, in denen gewisse Teile der staatlichen Polizei in Kasernen untergebracht werden können, sowie die Stärke dieser Teile.

Alle tragbaren drahtlosen Unterstationen sollen vernichtet und das überzählige Material soll zerstört werden.

Die Interalliierte Militärkontrollkommission wird die festen Stationen der drahtlosen Telegraphie bezeichnen, die beibehalten werden dürfen.

Die zur Durchführung der oben angegebenen Maßregeln notwendigen gesetzgeberischen oder Verwaltungsmaßnahmen, deren Wortlaut von der Interalliierten Militärkontrollkommission zu genehmigen ist, sollen veröffentlicht und in Kraft gesetzt werden.

Fabriken, Depots, Werkstätten.

W. M. F. in Karlsruhe, Patronenfabrik, 528 Maschinen sind noch zu zerstreuen.

D. W. M. F. in Karlsruhe, Patronenhülsenfabrik. 278 Maschinen sind noch zu zerstreuen.

Mauser in Oberndorf. 885 Maschinen sind noch zu zerstreuen.

D. W. M. F. in Wittenau. 1373 Maschinen sind noch zu zerstreuen (einschl. 197, die nur die Werkstätte gewechselt haben).

Bayrische Sprengstoff A.-G. in Thansau. 4 nicht gebrauchte Nitrierapparate und eine Kristallisationsanlage sind abzumontieren und zu verkaufen.

Sächsische Gußstahlfabrik in Dehlen-Deuben (Sa.). 3 Sätze Doppelschmiedepressen sind wieder eingestellt worden und 2 Horizontalpressen sind trotz ausdrücklichen Verbots angeschafft worden.

Pulverfabrik Walsroden in Demitz. 11 Gebäude mit Vakuum-Trockenkammern sind noch zu zerstören.

Deutsche Werke, Spandau. Die erfolgten Zerstörungen und Zerstreuungen sind nachzuweisen. Ein vierter Martinofen in dem während des Krieges eingerichteten Hüttenwerk ist zu zerstören, ebenso das Gebäude des Bessemer Stahlwerks. Das Walzwerk ist einzuschränken.

Deutsche Werke, Hanau. Einige Spezialeinrichtungen sind noch zu zerstören.

Deutsche Werke, Hasselhorst. Neue Werkstätten sind in der Aufstellung begriffen.

Krupp in Essen und Meppen. Es sind noch zu zerstören:

1. die großen Maschinen der Werkstätte Nr. 10.
2. 11 Pressen zur Herstellung der komprimierten Explosivkörper,
3. ein Vorrat an Munition.

Der Fabrikationsplan für die genehmigten Lieferungen an Kriegsmaterial ist der Interalliierten Militärkontrollkommission zu unterbreiten.

Ehrhardt (Rheinmetall). Der Fabrikationsplan für die genehmigten Lieferungen an Kriegsmaterial ist der Interalliierten Militärkontrollkommission vorzulegen.

Polte in Magdeburg. Die Einrichtungen zur Herstellung von Kriegsmaterial sind auf den von der Interalliierten Militärkontrollkommission festgesetzten Rahmen zu beschränken.

Simson in Suhl. Die Einrichtung zur Herstellung von Kriegsmaterial ist gemäß den von der Interalliierten Militärkontrollkommission festgesetzten Bedingungen durchzuführen.

Dortmunder Union. Die für die eingeschränkte Fabrikation erforderlichen Maschinen sind in der hierfür bezeichneten Werkstätte aufzustellen.

W. A. S. A. G. in Reinsdorf. Die Einrichtungen, die über die anerkannten Bedürfnisse zur Herstellung von zugelassenem Kriegsmaterial hinausgehen, sind zu vernichten.

Die zur Herstellung von Zelluloid, insbesondere Zelluloid ohne Auflösungsmittel, benutzten Anlagen sind noch derart umzugestalten, daß sie nicht zur Herstellung von Nitroglyzerin- oder Nitrozelluloseexplosivstoffen dienen können. Die Benutzung der während des Krieges für die Herstellung von Zelluloid errichteten Werkstätten ist zu verbieten.

Der gemäß den Entscheidungen der Interalliierten Kontrollkommission für die genehmigten Lieferungen aufgestellte Fabrikationsplan ist der Kommission zu unterbreiten.

Noch nicht namhaft gemachte Fabriken. Die Vorschläge hinsichtlich der Bezeichnung und der Organisation der Werkstätten für die Lieferungen von militärischen Fahrzeugen, Signalapparaten, Scheinwerfern, Brückenbaumaterial, Richtmitteln für Fliegerabwehrbatterien und Küstenbatterien, Stahlhelmen sind noch der Interalliierten Kontrollkommission vorzulegen.

SLUB
Wir führen Wissen.